

Archiv

Verband der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

19. Aug. 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/157

Bonn, den 19. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Lauté Kritik - auffälliges Schweigen

52

Informationspolitik in Berlin und Bonn

2 - 3

De Gaulles "politische" Atomwaffe

67

Tatsachen und Überlegungen

Von * * *

4 - 5

Trinkwasser aus dem Meer

57

USA und UdSSR koordinieren Wassergewinnung durch Atomkraft

5

Zypern und die NATO

35

Ankara und Athen berufen sich auf "Präzedenzfall" Frankreich

Vorankündigung:

Hitlers "Weisungen" an die deutsche Presse

Dokumente zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges

Vor 25 Jahren begann der zweite Weltkrieg. Der Streit darüber, wer schuld an diesem Kriege ist, entbrannte in den letzten Monaten besonders im Zusammenhang mit dem Auftreten des amerikanischen Professor Hoggan in der Bundesrepublik. Wir werden in den nächsten Ausgaben unseres Pressedienstes die Weisungen veröffentlichen, die vor 25 Jahren täglich in der Pressekonferenz der Reichsregierung Hitler für die deutschen Zeitungen ausgegeben wurden. Die Dokumente sprechen für sich. Zusammengeestellt wurde das Material von MdB Fritz S ä n g e r, vormalig langjähriger Chefredakteur der dpa.

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 18 31 / 32) • Telex: 6 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

19. August 1964

Laute Kritik - auffälliges Schweigen

Informationspolitik in Berlin und Bonn

sp - Ein Teil der Berliner Presse ist mit der Informationspolitik des Senats unzufrieden. Ob die in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe berechtigt sind, ist deshalb schwer zu sagen, weil sich die verantwortlichen Männer, die seit Wochen und Monaten mit den Abgesandten Ulbrichts schwierige Verhandlungen über ein neues Passierscheinabkommen führen müssen, natürlich manche Reserven auferlegen, die bei Gesprächen mit Verhandlungspartnern einer demokratischen Verwaltung nicht immer notwendig sind. Es geht ja bei den Verhandlungen über eine mögliche Erneuerung des Passierscheinabkommens nicht um Schlagzeilen, sondern um den Versuch, das Schicksal der Berliner Bevölkerung trotz der Schandmauer Ulbricht etwas zu erleichtern. - In diesem Zusammenhang sei die Feststellung erlaubt, daß sich weder der Senat, noch die SPD in Berlin darüber beklagt haben, daß die Gespräche von Herrn Dr. Leopold, die durch das Übereinkommen zwischen Bonn und Pankow zum Bau der Saale-Brücke führten, in der gleichen vertraulichen Abschränkung erfolgt sind, wie sie für die Passierscheinfrage ebenfalls notwendig ist.

Wir würden zu diesen Fragen überhaupt nicht Stellung nehmen, wenn uns nicht gerade in diesen Tagen aufgefallen wäre, wie schweigsam und zurückhaltend die gleichen Zeitungen gegenüber der Bundesregierung sind, die sich jetzt über die angeblich schlechte Informationspolitik des Berliner Senats aufregen.

Der Sozialdemokratische Pressedienst hat am Donnerstag vergangener Woche die Aktivitäten der französischen Regierung im Zusammenhang mit der Ostpolitik de Gaulles dargestellt. Wir verwiesen auf die Absicht der französischen Regierung, sich nicht an die unter den NATO-Mächten vereinbarte Fünfjahresbegrenzung für Kredite an Ostblockländer zu halten. Im Zusammenhang damit stellten wir ferner fest, daß zwischen Pankow und Paris einige Aktivitäten zu beobachten seien, die sicher nicht der französischen Regierung entgangen sein dürften.

Dementiert wurden diese Hinweise **n i c h t!** Am Wochenende bequeme sich endlich die Bundesregierung zu der Erklärung, ihr sei schon seit langem ein sich abzeichnender Wandel in der Haltung der französischen Regierung bekannt. Der Pressedienst der Christlich-Demokratischen Union bemerkt dazu, der französische Außenminister habe bereits **A n f a n g J u n i (!)** die Möglichkeit einer Änderung der französischen Politik angedeutet.

Damit dürfte feststehen, daß die Bundesregierung seit einigen Monaten genau weiß, welche Absichten der NATO-Partner Frankreich in Bezug auf mehrere Ostblockländer hat. Keineswegs hat die Bundesregierung die deutsche Presse hiervon unterrichtet, eine Verpflichtung, die sie als die Regierung eines demokratischen Staates hat, zumal sie über die hier anstehenden Probleme nicht etwa mit einem kommunistisch regierten Nachbarland verhandelt, sondern mit einem NATO-Bündnispartner, mit dem sie zusätzlich noch durch einen besonderen Freundschaftsvertrag verbunden ist.

Wir wünschen, daß diejenigen Zeitungen, die einen erstaunlichen Eifer an den Tag legen, wenn es sich darum handelt, die Informationspolitik eines sozialdemokratisch regierten Landes zu kritisieren, mit mindestens ähnlicher Kritikfreudigkeit aufwarten, sobald sichtbar wird, daß ihr wichtige Informationen von einer CDU-Regierung vorenthalten werden.

De Gaulles "politische" Atomwaffe

Tatsachen und Überlegungen

Von * * *

Gemessen an dem Stand der A- und H-Waffen in den USA, der UdSSR und Großbritannien, befindet sich die "Force de Frappe" des General de Gaulle noch in den Kinderschuhen. Oft hat man den Eindruck, daß politische Äußerungen, die Paris mit seiner Atomwaffe verknüpft, zumindest vorzeitig sind. Diesen Schluß läßt ein technischer Bericht über die Einzelheiten der Atomwaffen-Entwicklung in Frankreich zu, der in Paris für Fachleute freigegeben worden ist.

Der erste französische Atomversuch fand Anfang 1960 statt; seitdem sind zehn weitere über und unter der Erde unternommen worden. Die thermo-nuklearen Versuche sind noch in weiter Ferne und die Waffenentwicklung selbst - auch soweit es die Träger betrifft - befindet sich im Anfangsstadium. Erst seit 1962 verfügt Frankreich über genügend eigenes Uranerz, wovon allerdings nur knapp die Hälfte im Mutterland selbst abgebaut wird. Die Gesamtmenge des Erzes reichte bisher aus, um jährlich 1 550 Tonnen Uran zu gewinnen. Ende 1963 befanden sich in Frankreich zwar schon 31 Reaktoren in Betrieb oder im Bau, aber nur drei davon waren in der Lage, Plutonium zu gewinnen, das für die Herstellung von Atombomben erforderlich ist.

Das alles verschlingt enorme Summen des französischen Staatshaushalts, wenn auch nebenbei Projekte für den zivilen Sektor in Angriff genommen worden sind. Für 1964 sieht der französische Staatshaushalt vor, allein vier Milliarden Francs für die französische Atomkommission bereitzustellen. Wissenschaftliche Berechnungen gehen davon aus, daß Frankreich zur Zeit kaum 50 kleine Atomsprengekörper auf Lager haben dürfte.

An und für sich ist das eine erschreckende Mitteilung, aber gemessen an den Vorräten der drei großen Atomwächte steht Frankreich weit hinten. Es gibt also vielerlei Gründe, das Wort von de Gaulle zu bezweifeln, Frankreich werde im Jahre 1970 über 2 000 Atombomben verfügen.

Allein fünf Milliarden Francs wird eine Anlage kosten, aus der das Uran 235 für die Wasserstoffbomben kommen soll. Diese Anlage wird

zudem erst 1967 fertig sein, und es wird sicher noch ein weiteres Jahrzehnt dauern, bis Frankreich über eine einsatzfähige H-Bombe verfügt.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das Atombomben tragende Flugzeug Mirage IV den modernen Ansprüchen nicht mehr genügt, obwohl davon 50 Stück im Auftrag gegeben worden sind. Jedenfalls hat die französische Waffentechnik noch große Sorgen damit, den kleinen Atombombenvorrat auch auf geeignete Eräger zu verfrachten. Das gilt auch für die Boden-Boden oder die Luft-Boden-Raketen und ebenfalls für die von der Atomenergie betriebenen U-Boote. Das im Januar dieses Jahres für Versuchszwecke auf Stapel gelegte erste Atom-U-Boot Frankreichs wird auch erst frühestens Ende 1970 in Dienst gestellt werden können; drei weitere mit Atomkraft betriebene U-Boote sind projektiert.

Die Force de Frappe des General de Gaulle ist also vorerst noch weitgehend ein Projekt, und es kostet besonders in der Anlaufphase wegen der kostspieligen neuen Industrien den französischen Staat enorme Summen.

Nach den letzten Meldungen aus Paris und Washington ist es nun damit zu rechnen, daß sich Staatspräsident de Gaulle trotz der ungeheuren Belastung, die er durch sein A- und H-Waffenprogramm den französischen Steuerzahler auferlegt, von seiner Marschrichtung abbringen lassen wird. Maßgebende französische Politiker, von denen einige in ständigem Gedankenaustausch mit de Gaulle stehen, haben wiederholt versichert, der Staatspräsident sei sich der Unzulänglichkeit und der rein militärischen Bedeutungslosigkeit seiner A- und H-Waffenprojekte durchaus bewußt. Die Tatsache, daß er trotzdem sein Vorhaben nicht aufgibt, hat - so wird behauptet - hauptsächlich politische Gründe. De Gaulle geht von der Voraussetzung aus, schon der Besitz einer "kleinen" Atombombe und die Drohung mit ihrem Einsatz könne die politische Manövrierfähigkeit Frankreichs auf dem Parkett der internationalen Diplomatie wesentlich verbessern. Frankreich als "selbständiger" Atomwaffenbesitzer könne - so meint de Gaulle - große internationale Entscheidungen besser beeinflussen, als dies bei der Beteiligung an einer internationalen Atomgemeinschaft des Westens möglich sei.

Trinkwasser aus dem Meer

USA und UdSSR koordinieren Wassergewinnung durch Atomkraft
Ein wichtiges Problem auch für die Bundesrepublik

H.B. - Die geologischen Landesämter sind sich darin einig, daß man sich allgemein in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit noch keine Sorge um die Trinkwasser-Belieferung und die Versorgung der Industrie mit gutem Wasser zu machen braucht. Es gibt aber, wie die Trockenperiode im letzten Monat gezeigt hat, schon einige Bezirke in Westdeutschland, in denen man erhebliche Sorgen hat, das gute Wasser in ausreichenden Mengen aus den Süßwasser-Reservoirs zu pumpen. Im allgemeinen kann man in der Bundesrepublik nicht tiefer als 200 Meter bohren. Wer die Brunnen tiefer anlegt, stößt oft auf salzwasserhaltige Schichten.

In einigen Gegenden der Bundesrepublik ist nun einwandfrei festgestellt worden, daß der Trinkwasserspiegel im Erduntergrund schnell absinkt. Das trifft in erster Linie für das Ruhrgebiet, den Großraum von Frankfurt und den Bezirk Stuttgart zu. Stuttgart holt sein Trinkwasser schon über ein sehr langes Rohrleitungsnetz aus dem Bodensee. Frankfurt muß Mainwasser heranziehen und das Ruhr-Rhein-Gebiet plant, weitere Talsperren zu bauen.

In diese Situation ist die Nachricht von den Beratungen zwischen Moskau und Washington über die Entsalzung des Meerwassers mit Hilfe der Atomkraft gelangt. Dazu liegen vor allem aus Washington konkrete Zahlen vor, die nunmehr zur forcierten Meerwasserentsalzung mit Hilfe neuartiger Atomreaktoren, die zugleich Kraftstrom erzeugen, Anstoß gegeben haben.

Zur Erzeugung einer Tonne Asbest sind 250 000 Liter Wasser erforderlich; für eine Tonne Gummi benötigt man bereits zwei Millionen Liter. Bis 1985 wird jeder Einwohner in den Vereinigten Staaten das Doppelte an Wasser benötigen wie zur Zeit. Die Konsequenz lautet: in den Ballungsräumen wird vermutlich das über lange Rohrleitungen herangeschaffte oder aus Flüssen und Talsperren herausgefilterte Trinkwasser teurer sein als das durch Atomkraft auf dem Meer gewonnene Wasser.

Die Amerikaner projektieren ein Atomkraftwerk, das eine Stadt von 400 000 Einwohnern zugleich mit elektrischer Energie und gutem Trinkwasser aus dem Meer versorgt. Während ein Liter Trinkwasser, aus Meerwasser gewonnen, 0,04 Pfennige kostet und nicht rentabel ist, soll mit Hilfe der Atomenergie der Literpreis auf 0,01 Pfennig gesenkt werden. Ähnliche Überlegungen und Kalkulationen gibt in der Sowjetunion, wo man zwar mit der wissenschaftlichen Vorarbeit noch nicht so weit ist wie in den USA, aber sich eben deshalb zu dem Erfahrungsaustausch mit den USA bereiterklärt hat.

Zwischen Israel und den USA sind die Vorbereitungen für eine Entsalzungsanlage getroffen worden. Israel möchte zur Bewässerung seiner Wüsten mit einer Anfangsproduktion von hundert Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr die Entsalzung beginnen und wird dafür im Gebiet von Bilat einen Atommeiler mit 150 Megawatt Leistung installieren. Das Werk soll 1976 fertig sein.

Es erhebt sich in der Tat die Frage, ob nicht auch die Bundesrepublik als eine der führenden Industrienationen darangehen sollte, Trinkwasser aus dem Meer mit Hilfe der Atomenergie zu gewinnen. Die ersten vorbereitenden Untersuchungen, die das Wissenschaftsministerium in Bonn darüber anstellen ließ, müssen beschleunigt werden. Nach den Kalkulationsergebnissen, die aus dem Ausland vorliegen und vor dem Hintergrund des schnell absinkenden Grundwasserspiegels, besonders in den Baulungsräumen, wie z.B. im Ruhrgebiet, wird vermutlich das aus dem Meer gewonnene Süßwasser billiger sein als das Wasser, das durch lange Rohrleitungen aus anderen Süßwasserreservoirs wie Talsperren und Flüssen an die Versorgungszentren herangeschafft wird.

+ + +

Zypern und die NATO

Ankara und Athen berufen sich auf "Präzedenzfall" Frankreich

sp - Der Zypern-Konflikt entwickelt sich jetzt immer eindeutiger zu einer schweren Belastung des atlantischen Verteidigungsbündnisses. Die Türkei und Griechenland haben wesentliche, bisher dem NATO-Oberkommando unterstellte Truppenkontingente ihrer nationalen Befehlsgewalt untergeordnet. In Ankara und Athen beruft man sich in Beantwortung von Beschwürungen aus dem NATO-Hauptquartier auf den "Präzedenzfall" Frankreich. Auch de Gaulle habe, so wird in Griechenland und in der Türkei erklärt, schon seit langem wichtige Bestandteile der französischen Armee, der Luftwaffe, des Heeres und der Marine dem NATO-Oberkommando entzogen und nirgendwo soviel Aufhebens davon gemacht worden, wie man es jetzt in Falle der Türkei und Griechenlands tue.

Man beruft sich auch in einer anderen Beziehung sowohl in Ankara als auch in Athen auf die Haltung des französischen Staatspräsidenten. Nachdem dieser in der vergangenen Woche durch einen offiziellen Regierungssprecher erklären ließ, Frankreich werde sich strikt an das Prinzip der Nichteinmischung im Falle Zypern halten, sei ohnehin eine gemeinsame NATO-Aktion nicht mehr möglich. Die NATO - so wird argumentiert - könne nur als Ganzes ihren Einfluß auf zwei NATO-Partner (die Türkei und Griechenland) zur Geltung bringen, nicht aber, wenn einer der wichtigsten europäischen NATO-Verbündeten von vornherein erkläre, er werde sich nicht einmischen.

In Ankara und Athen versucht man, mit der Drohung des Ausscheidens aus der NATO die gesamte Verteidigungsgemeinschaft unter Druck zu setzen. Besonders in Ankara spielt man schon seit langem mit dem Gedanken einer neutralistischen Haltung, zumal da man dort glaubt, die westlichen Bündnispartner hätten in den vergangenen Jahren viel zu wenig wirtschaftliche Hilfe geleistet. In Athen dagegen wird nicht mit diesem Argument operiert. Hier verweist man vielmehr auf die Drohungen der Türkei mit einer militärischen Intervention und auf die offen zugegebene militärische Überlegenheit der Türkei. Wie dem auch sei, die Zypern-Krise ist schon längst nicht mehr ein auf die Mittelmeerinsel begrenztes Problem.

+ + +